Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

15 Goldpfennig = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag
21. Februar 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Kollendorf 4783—88, 5060—88. Postscheck Berlin Nr. 107.941. Die „DAZ." erscheint Sonn- und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,25 Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 45. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Bezugspreis. Anzeigenpreis 0,20 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile, Berufsanzeigen werden auch besonderem Tarif berechnet.

Jahrg. 2 B
Nr. 87
63. Jahrgang.

Die Zukunft des Reichsparlaments.

Das sozialdemokratische Spiel mit dem Feuer.

Das Reichsparlament, das gestern unter wesentlich anderen Verhältnissen seine im Dezember abgebrochenen Plenarberatungen wieder aufnahm, erlebte im Sitzungssaal den ersten Teil einer großen politischen Debatte über die Frage, ob und wann die Erledigung dieses Platzes mit den Separatisten, Draußen, in der Wandelhalle, freilich beschäftigte man sich mehr mit der Zukunft. Kommt es zur Reichstagsauflösung oder wird es den Parlamenten gelingen, sein überlebtes Dasein um eine oder mehr Wochen zu verlängern? Das war die ständig wiederkehrende Frage, die von den lebhaft diskutierenden Gruppen in der Wandelhalle erörtert wurde. Ueber die Wünsche der Deutschnationalen wurde kaum mehr ein Wort verloren. Man weiß zur Genüge, daß sie den Tod dieses Parlamentes herbeisehnen. Auch mit den Absichten der vorsichtig operierenden Regierungsparteien beschäftigte man sich nur wenig.

Um so größeres Interesse widmete man der sozialdemokratischen Fraktion. Nicht daß man ihr einen Wunsch nach des Bestehens heimlich, die sie auf Grund ihrer rund 170 Vertreter einstmals beanspruchen konnte. Die Wahlen in Thüringen und Mecklenburg haben auch den Reichstagsabgeordneten die Augen darüber geöffnet, wie sich der Atzibid die Wurzeln sozialdemokratischer Macht getroffen hat. Man fragte sich nun: Wie wird die Reichsregierung auf die Anträge reagieren, die die sozialdemokratische Fraktion auf die Notverordnungen der Reichsregierung abbrechen wird? Nach den Verkündungen sozialdemokratischer Fraktionsmitglieder werden diese Anträge zwar keine Blöcke und dem selben Fundament der Notverordnungen herausbrechen, aber nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch in einzelnen bedeuten die gestern formulierten Forderungen der Fraktion auf Abänderung der Notverordnungen Stichwortende für das Bestehen des Reichstags.

Die Sozialdemokraten befinden sich hier in einer taktischen Zwickmühle, die sie selbst gebaut haben. Daß der Reichstag als Zentralpunkt des Kompromißgedankens ihnen immer noch die Möglichkeit eröffnen werde, auf dem Wege von Verhandlungen mit der Reichsregierung und mit den anderen Fraktionen ihre konkurrenzpolitische Bewegungsfreiheit wiederzugewinnen, ist ihre auf mehrjährige Erfahrung gegründete stille Hoffnung. Aber ihre bisherige vor Land und Leuten vertretene Oppositionspolitik gegen die Verordnungen der Reichsregierung hat ihre Strategie gebunden. Sie müssen den Weg konsequenter Opposition weitergehen, wollen sie nicht ihre Wähler an sich zur verneinen lassen. So sehen sie denn mit einer gewissen Gottergebenheit der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen. Vielleicht, so oft wohl ihr Gedankengang, erweist sich die Gesamtheit der Regierung als so stark, daß sie die sozialdemokratischen Anträge bereits im Plenum auffängt und gar nicht mehr in die Kommission hinübergelassen läßt; denn an diesem Punkte entscheidet sich, wie wir im zeitigen Morgenblatt bereits ausgeführt haben, das Schicksal des Antrages. Für die nächsten Tage freilich bleibt dem Reichstag noch Gelegenheit, durch die Debatte über andere Fragen seine Gedanken von der drohenden Entscheidung abzulenken.

*

Die sozialdemokratische Fraktion wünscht eine gesetzliche Regelung der Amnestiefrage. Die Sperrfrist für die Gesetzmäßigung der Amnestie soll von 1922 auf 1927 verkürzt werden. Die Wiedergutmachungsfrist soll durch einen Zusatz zur Vermögenssteuer ersetzt werden.

Die Pfalzinterpellation im Reichstag.

Der erste Tag der Aussprache.

Das Reichstagsplenum nahm nach vierteljährige Unterbrechung seine Beratungen wieder auf. Präsident Löbe eröffnet um 3,20 Uhr die Sitzung und widmet dem verstorbenen Direktor beim Reichstag, Geheimrat Jungheim einen Nachruf.

Die Anträge auf Strafverfolgung des Abgeordneten Müller (Dt.-Völk.) und des Abgeordneten Dominicus (Zentr.) werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abgeordneter Dr. Cuno (Komm.) mit Nachdruck von der Regierung die sich durch ihre Verordnungen die größten Gesetzesverletzungen habe zuschulden kommen lassen. Der Redner verlangt sofortige Aufhebung der Notverordnungen. Abgeordneter Müller-Franken (Soz.) stellt fest, daß man der Geschäftsordnungsausschuß einig darüber geworden ist, daß sobald wie möglich eine große politische Debatte stattfinden sollte. Die Reichsregierung habe sich ebenfalls dazu bereit erklärt und zwar in den ersten Tagen der nächsten Woche.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Vertrag mit Osterreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe.

Außenminister Dr. Stresemann begründet die Vorlage.

Der Gesetzentwurf wird in allen drei Lesungen **ohne Aussprache angenommen**, ebenso der Gesetzentwurf über Danziger und memelländische Rechtsangelegenheiten.

Der Gesetzentwurf über Änderung der Kraftfahrzeugsteuergesetzes wird nach dem für die Kraftfahrzeugsteuer der Reichspostverwaltung die Gewährung der Länder eingehalten ist, wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Dann folgen die Interpellationen über die

Separatistenbewegung in der Pfalz

und der deutschnationale Antrag auf Abberufung des des Hochvertrats im besetzten Gebiet befindlichen Personen.

Abg. Schlemm, Ludwigshafen (Zentr.), begründet die Interpellationen: Unsere Interpellation kommt zwar etwas spät dazu, aber die Pfalzfrage ist Rheinlandfrage und die

Rheinlandfrage ist die Lebensfrage des Deutschen Reiches.

Sitzt ein Pfälzer, so ist das ganze Rheinland in Gefahr. In der schweren Zeit der letzten Monate hat uns in der Pfalz die nationalistische Meuterei in München mehr geschadet als genützt. Die Pfalz hat eine klare und zurückhaltende vaterländische Politik gemacht, daß müssen sich die nationalistischen Herren zu Gute halten nehmen. Ohne Kahr war ein Fall Hoffmann-Kaiserslautern nicht denkbar und ohne Hoffmann-Kaiserslautern würde es keine separatistische Bewegung gegeben haben. Ich selbst war Augen- und Ohrenzeuge und kann bekräftigen, daß Dr. Hoffmann und seine Freunde nie daran gedacht haben, die Pfalz von Deutschland loszulösen, aber der Separatist verstand keine Worte so zu drehen, daß die Sozialdemokraten hineingingen. Träger der Separatistenbewegung waren Landfremde, minderwertige Elemente. Diese Ehrenmänner hatten es noch von uns die gewissen Strafsitten

im Durchschnitt auf 20 Verstraßen

gebracht; einer hielt den Rekord mit 36, und das kann man in der französischen Kammer die Freunde Frankreichs. Wir bereiten die französische Nation und sonstige Freunde nicht.

Abg. Dr. Cl (Dem.) führt unter großem Beifall den ganzen separatistischen Angriff von Trier bis Speyer aber offenbar ein einheitlicher Befehl bestanden und daß kaum ein einziger Mann eines französischen Generalstabers stammen. Der Redner spricht seine Bewunderung dafür aus, wie gesse und unbeirrt die Reichsregierung für ihre Gesinnlichkeit den ersten Ansturm abgewiesen habe. Dank gebührt der Reichsregierung für ihre bestimmte Note an Poincaré, dessen Antwort man nur als widerliche Lüge und Heuchelei bezeichnen kann.

Abg. Schultz-Bromberg (D. Nat.) begründet den Antrag seiner Fraktion und verlangt, gegen Landesverräter müsse auf Todesstrafe erkannt werden. (Beifall rechts. Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 2 Uhr, vertagt.

Vorberatung der Reichstagswahllisten.

Rundschreiben des Reichsinnenministers an die Landesregierungen.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, mit der Vorbereitung der Wählerlisten für die Reichstagswahlen sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Listen am 22. März auslegungsfertig sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden.

Das belgische Kabinett in Gefahr.

Der belgisch-französische Zollvertrag.

Brüssel, 20. 2.

Die belgischen Ministerkrise. In Regierungskreisen fürchtet man, daß es zu einer Abstimmung über den französisch-belgischen Zollvertrag kommen wird, und es ist zweifelhaft, ob in dem Falle eine Mehrheit für diesen Vertrag gefunden werden wird. Vermutlich werden die Debatten noch die ganze Woche in Anspruch nehmen. Eine große Zahl Abgeordneter sind noch als Redner vorgemerkt. Daß Schlußwort wird der Außenminister Jaspar sprechen. Bei dieser Gelegenheit wird er die Vertrauensfrage stellen. Die Zeitungen stellen Berechnungen an, wie die Schlußabstimmung ausfallen wird. Die Sozialdemokraten werden geschlossen gegen den Vertrag stimmen, während die Liberalen mit der Mehrheit der Katholischen Partei die Regierung nicht im Stich lassen werden. Alles hängt von der Haltung der Abgeordneten der flamischen Gruppe der flamischen Katholiken ab, deren Haltung noch ungewiß ist. Die meisten liberalen Organe sind der Meinung, daß der Vertrag mit einer Mehrheit von sechs oder sieben Stimmen angenommen wird, während Sozialdemokraten und katholische Blätter meinen, daß davon übergangen sind, daß gerade diese Zahl an der nötigen Zahl Stimmen zur Ratifizierung des Vertrages fehlen wird. In den Falle werden Thomis und Jaspar und mit ihnen natürlich auch die übrigen Mitglieder der Regierung zurücktreten. Thomis soll übrigens schon wiederholt erklärt haben, schließlich der Augenblick zu erwarten, in dem er die Politik für immer Lebewohl sagen kann. Die scharfen Angriffe, die in der letzten Zeit gegen ihn und das Kabinett gerichtet worden sind, scheinen ihn sehr entmutigt zu haben.

Im Verlauf der Kammerdebatte über das französisch-belgische Wirtschaftsabkommen hielt der Ministerpräsident eine Rede, in der er betonte, daß Belgien nicht zu einer Inflation seine Zuflucht nehmen werde, und die tatsächliche wirtschaftliche Lage zu verschleiern.

Sachverständigenarbeit in Paris.

Paris, 20. 2. (B. T. B.) Der erste Sachverständigenausschuß, unter dem Vorsitz von General Dawes, der heute vormittag eine Sitzung abgehalten, zum Kommissis von dem Stande der Arbeiten der beiden Unterkommissionen zu unterrichten. Der Bankausschuß beschäftigt namentlich über die Erklärungen, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern abgegeben hat, und über die Vorbereitung der Reichsbank, deren Erklärung die Sachverständigen empfehlen werden. Mit der Ausarbeitung der Statuten wird heute nachmittag fortgefahren. Der Unterausschuß wird zu einer offiziellen Sitzung nicht vor morgen oder übermorgen kommen. Der Unterausschuß, der sich mit dem deutschen Budget beschäftigt, ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Auch der zweite Sachverständigenausschuß unter Max Kenne hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten und die Prüfung der Berichte der Bücher-Sachverständigen die in Berlin tätig waren, fortgesetzt.

Der Bericht der beiden Eisenbahnsachverständigen wird dem Ausschuß erst morgen vorgelegt. Bis ihn am Freitag prüfen und am Sonnabend über ihn beschlossen werden. Im allgemeinen erklären die Sachverständigen, daß die Reichseisenbahnen eine hinreichende Grundlage für eine internationale Anleihe bilden, wenn auch die Rhein- und Ruhrbahnen zu dem „Pfand" gehören, und eine sehr genaue Ueberwachung der Verwaltung erfolgt.

Senat und Kammer in Frankreich.

Das Wahlgesetz.

Paris, 20. 2. (B. T. B.)

Der Senat beriet heute nachmittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Poincaré weiter über die von der Kammer angenommene Wahlrechtsvorlage.

Zunächst setzte der Berichterstatter, Senator Francois Albert seine gestern begonnene Kritik an dem augenblicklichen politischen Wahlgesetz fort und betonte zum Schluß, die Wählerschaft verlange, daß die

Zahl der Stimmen

entschieden. Die Wählerschaft wünsche übrigens auch von Männern vertreten zu werden, die ihr Vertrauen besäßen. Die Wahlkreise sind nicht mit einem wiederzuschreibenden Programm begnügen.

Nach dem Berichterstatter führt Ministerpräsident Poincaré aus, die Regierbilden nähmen immer die.

Lösungsfrage der Einerwahl

vorgegangen. Die 1914 gewählte Kammer habe sofort nach ihrem Zusammentritt die Arrondissementswahlen verworfen und verlangt, eine Mehrheitsvertretung verlangt. Nach dem Waffenstillstand sei die während des Krieges nicht erörterte Frage aufgeworfen worden. Die Regierung sei für die Aufrechterhaltung des status quo, selbst mit schwächeren Mitte, und wünsche nicht, mit verlangten Arrondissementswahl zurückzukehren.

Poincaré stellte am Ende seiner Rede zugunsten der von der Kammer angenommenen Wahlrechtsgesetzes die Vertrauensfrage, worauf die weitere Diskussion auf morgen nachmittag vertagt wurde.

Weiterberatung der Steuergesetze.

Paris, 20. 2. (B. T. B.)

Die französische Kammer hat heute nachmittag die Weiterberatung der Steuergesetze fortgesetzt. Die Beratung beginnt bei Artikel 35, der sich mit der

kommunalen Steuern

beschäftigt. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß für die Entsätze nach 1923 die Kommunen zu überweisenden Summen nicht den Betrag überschreiten dürfen, den der Etat für 1921 vorgesehen hat. Finanzminister de Lobernie glaubt, daß durch Annahme dieses Artikels dem Staate etwa 100 Millionen Franken zufließen würden. Der Artikel wird abgelehnt.

Der Berichterstatter Bokanowski erklärt, gewisse Einwendungen seien gerechtfertigt und schlägt endlich vor, Artikel 36 an den Haushaltsausschuß zurückzuverweisen. Artikel 36 beschäftigt sich mit der Aufhebung des

Zündholzmonopols,

dessen Streichung aus dem Budget verlangt wird, was zu einer eingehenden Diskussion führt.

Die Debatte dauert bei Redaktionsschluß an.

Eine Inflation für den Franken.

Paris, 20. 2. Vertreter der Pariser Warenbörse hatten heute eine Besprechung mit den Delegierten der Handels- und Ackerbauministeriums, in der sie die allgemeine Notwendigkeit der Einführung von Reformen an der Pariser Börse bezeichneten. Insbesondere sollen die Termingeschäfte eingeschränkt werden, und zwar zunächst auf die Maximalbauer von drei Monaten.

Ein starkes Publizitätsgesetz wurde heute die Produktenbörse, um jeden Zutritt zu den Börsenräumen und Ausnahmungen von der Börse zu verhindern. Einige Passanten, die nicht weitergehen wollten, wurden verhaftet.

100 „Geiseln" in Pirmasens.

m. **Pirmasens**, 20. 2. (Eigenbericht) Der französische Kommandant von Pirmasens, Pineau, der an Stelle des abberufenen Tenoul die Delegation übernommen hat, erließ eine Bekanntmachung, in der ausgeführt wurde, daß zur Verhinderung von Vergeltungsmaßregeln eine Liste von 100 Geiseln aus allen Bevölkerungsschichten aufgestellt wird. Diese sollen im Falle von Attentaten sofort eingeschert werden und würden für alle Folgen verantwortlich gemacht.

Dem Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Wolf, wurde nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe die Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte verboten mit der Begründung, daß er sich die Ausweisung der Interessierten Rheinlandkommission einholen müßte.

Die Postkontrolle für die sämtlichen aus dem rechtsrheinischen Deutschland in die Pfalz einlaufenden Briefsendungen ist von der französischen Besatzungsmacht im Postamt Ludwigshafen errichtet worden.

Düsseldorf, 20. 2. (B. T. B.) Zu einer Entscheidung des Generals Degoutte wird mitgeteilt, daß bei Sonntag die Aufhebung der Ausweisung grundsätzlich nicht auch die Aufhebung der Ausweisung bedeute. Wenn ein ausgewiesener und seines Amtes entsetzter Beamter ein neues Amt erhalten, so muß die Erteilung in besetzten Gebiete erfolgen, so müsse er, falls die Besatzungsbehörde nicht fordert die Entlassung erteilt, von einem und die Ernennung dem kommandierenden General zur Prüfung vorgelegt werden. Der Beamte dürfe sein Amt nicht antreten, bevor eine ausdrückliche Erklärung der Besatzungsbehörde erhoben worden.

Entdeckungspolitik im Saargebiet.

Saarbrücken, 20. 2. (Wtb.) Die Saarregierung hat bei von der Sozialdemokratischen Parteiversammlung zu ehrenamtlichen Bezirksräten der Stadt Saarbrücken gewählten Herren die Bestätigung versagt. Sämtliche Herren gehören zu den Führern der sozialen Parteien. Als Begründung der Saarregierung wird hier als ein neuer Eingriff der Regierungskommission in innere Angelegenheiten der Stadt aufgefaßt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Beschluß zur Wahl anderer ehrenamtlicher Bezirksräte erfolgen wird.

Paris, 20. 2. (B. T. B.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht verläßt heute abend Paris. Er wird voraussichtlich in der nächsten Woche nach Paris zurückkehren.

Die Italiener haben die Oase Ghadames, 290 Kilometer südwestlich Tripolis, erobert und damit die Besetzung der tripolitanisch-tunesischen Frontzone beendet.

Mac Donald im parlamentarischen Kreuzfeuer.

Internationale und sozialistische Probleme.

London, 20. 2.

Im Unterhause stellten Bisscount Curzon und mehrere konservative Abgeordnete Anfragen wegen der

Anerkennung der mexikanischen Regierung.

Ministerpräsident Mac Donald antwortete, daß diese Frage mit komplizierten Problemen zusammenhänge, diese seien aber durch Beantwortung parlamentarischer Anfragen nicht zu lösen. Die Regierung werde jedenfalls seine Zeit verlieren, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Auf die Frage Curzons, ob denn die Lage Mexikos komplizierter sei als die Angelegenheit der Russen und der russischen Sowjetrepublik, antwortete Mac Donald, unter den gegebenen Verhältnissen müsse diese Frage bejahend beantwortet werden.

Auf die Frage eines konservativen Abgeordneten, ob es denn nicht am besten wäre, wenn der Ministerpräsident die Regierungen Staaten von Nordamerika aufsuchen würde. Meyjo, so wie es ist, zu übernehmen (!), um dadurch alle diese Verwirrungen zu lösen, wurde keine Antwort gegeben.

Auf eine Anfrage des liberalen Abgeordneten Archibald Sinclair erklärte Ministerpräsident Mac Donald, der

Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken

bestehe aus der russischen sozialistischen Bundesrepublik, aus der ukrainischen sozialistischen Sowjetrepublik, der weiß-russischen sozialistischen Sowjetrepublik und der transkaukasischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik. Die englische Regierung habe den Bund der Sowjetrepubliken anerkannt, und in dieser Anerkennung ist Georgien, Aserbeidschan und Armenien einbegriffen, insoweit die erwähnten Gebiete die Autorität der Bundesregierung anerkennen. Es sei selbstverständlich, daß die Anerkennung der Regierungen, welche de facto nicht mehr existieren, außhört, irgendwelche Bedeutung zu haben.

Ferner kam die Frage des Verhältnisses der Regierungsmitglieder zur

sozialistischen Arbeiter-Nationale

wieder zur Erörterung. Einige konservative Abgeordnete stellten verschiedene Anfragen. Ministerpräsident Mac Donald bedauerte in der Antwort, daß diese Fragen, die schon so oft ausführlich beantwortet worden seien, wieder eine Stunde des Unterhaus beschäftigen müßten. Er erklärte, daß die Behauptungen, die englische Regierung unterbreite der sozialistischen Arbeiter-Nationale, unmittelbar oder mittelbar Vorschläge, nicht den Tatsachen entspreche. Auch sei es unwahr, daß die Autonomie der englischen Arbeiterpartei durch die zentrale Zusammen der Internationale beeinträchtigt sei. Die englische Arbeiterpartei habe die Beschlüsse der Internationale nur soweit anzuerkennen, als sie mit der eigenen Auffassungen der Partei in Widerspruch fänden. Sollte aber ein Fall eintreten, wo die Arbeiterpartei die Beschlüsse der Internationale nicht beeinträchtigen könnte, so stehe ihr es frei, aus der Internationale auszutreten, genau so, wie es England freisteht, in entsprechender Lage aus dem Völkerbund auszutreten.

*

Ministerpräsident Mac Donald erklärte im Unterhause, die Regierung beabsichtige nicht einen Gesetzentwurf über die Reform des Oberhauses einzureichen.

Die Judofrage.

London, 20. 2. (B. T. B.) Im Unterhause erwiderte der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Bonjonby, auf eine Anfrage, die Verhandlungen zwischen Großbritannien und Italien über die Judenfrage seien noch nicht zum Abschluß gekommen.

Weiter erklärte Bonjonby, die Regierung habe keine Kopie des Anerkennungsvertrages zwischen Italien und Abessinien erhalten, noch keine erhalten. Er glaube, es würden Schritte getan werden, um von der italienischen Regierung die Bedingungen zu erlahren, unter denen die Anerkennung Abessiniens vorgenommen werden sei.

Verschärfung im englischen Dockarbeiterstreik.

London, 20. 2.

Heute vormittag 10½ Uhr begann der Verhandlungen im englischen Dockarbeiterstreik begonnen. Die Lage hat sich insofern verschärft, als eine große Anzahl von Generalstreikenden den Streikenden ihre Unterstützung zugesagt haben. Die Regierung befindet sich in einiger Verlegenheit und erwägt die Einsetzung von Schlichtungsausschüssen.

Die Mitteilung des Arbeitsministers, daß ein Unterhaus-Ausschuß für den Lohnkonflikt der Dockarbeiter einzusetzen worden ist, wurde im Unterhause von allen Parteien begrüßt. Auf Anfragen von verschiedenen Seiten erklärte der Arbeitsminister, sein Vorschlag, zwischen beiden Parteien zu vermitteln, sei nur unter der Bedingung angenommen worden, daß die Bedingung vertraulich sein müßten.

Der Sonderausschuß der Gewerkschaftszentrale, der bereits beim letzten Eisenbahnerstreik mit Erfolg vermittelnd eingegriffen hat, trat gestern zusammen und beschloß, ähnliche Vermittlungsversuche im gegenwärtigen Hafenarbeiterausstand vorzunehmen. Die Unterkommission des Kabinetts, die sich mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge befaßt, begann ebenfalls ihre Arbeiten. Die großen Eisbrecher Imperiabuber haben die Arbeiter wissen lassen, daß sie bereit sind, den Hafenarbeitern die sieben gelorderten zwei Schilling zu zahlen, wenn ihre in den Häfen liegenden Schiffsladungen gelöscht werden.

Infolge des Streiks der Dockarbeiter ist der Botaviahafen zwischen Rotterdam und London bis auf weiteres eingestellt.

*

hem. **Hamburg**, 20. 2. (Eigenbericht) Der Dockarbeiterstreik in England macht sich hier im Hafen in einem leichten Rückgang der Schiffsanfuhr von dort bemerkbar. Stärker in die Erscheinung treten wird der Streik hier erst Ende der Woche mit dem Ausbleiben der regelmäßigen Wochen-Liniendampfer. Bisher ist in diesen Fahrten noch kein Ausfall zu verzeichnen.

Wichtige Erklärungen vor dem litauischen Sejm

Keine Versöhnung mit Polen, Anspruch auf Wilna.

16. **Königsberg**, 20. 2. (Eigenber.)

Bei der Feistjung im litauischen Sejm aus Anlaß der Feier der Unabhängigkeitserklärung Litauens hielt der Präsident eine Rede, in deren Schluß er über die Memel-Frage folgende Ausführungen machte:

Memel hat sich leider durch eine finstere Politik verdunkelt. Diese Politik ist die Rede der Botschafterkonferenz, welche am 16. Februar an Litauen gerichtet wurde. In voller Erkenntnis der Bedeutung der Freiheit der Verkehrswege hat Litauen seinerzeit die Barcelonner Konvention mitunterzeichnet. Aber unser Volk", so fuhr er mit erhobener Stimme fort, „wird niemals zulassen, daß ein Land (d. h. Polen, D. Red.), welches mit einer Hand unseren Wunsch geschlossenen Vertrag (den Vertrag von Suwalki) zerreißt und mit der anderen Hand die uns entrissenen Gebiete festhält, irgendwelche Privilegien im Memeler Hafen genießt."

Zum Schluß gab der Präsident der Hoffnung Ausdruck, daß Litauen im nächsten Jahre die Feier seiner Unabhängigkeit dort wird begehen können, wo die Unabhängigkeit proklamiert sei, nämlich in Wilna.

*

Die Barcelonner Konvention, die Litauen unterschrieben hat, besagt sich auf die Freiheit der Stromschiffahrt auf Flüssen, an die mehrere Länder grenzen. Litauen verweigert nun Polen, mit dem es im Kriegszustande lebt, trotz der Forderung der Botschafterkonferenz, den Transitverkehr auf der Memel. Der Entscheidung der Sondekommission unter Norman Davis, die im Auftrage des Völkerbundes Memel besuchte und soeben nach Genf zurückgekehrt ist, wird durch die obenstehende Erklärung vorgegeben. Der Entscheidung des Botschafterrats entgegen besetzt Litauen auch weiter auf dem Besitz seiner alten Hauptstadt Wilna. Die Lage bleibt ungeklärt und ernst.

Entschädigungsansprüche deutscher Reedereien an Amerika.

hom. **Hamburg**, 20. 2. (Eigenbericht) Der Reichsbeirat der deutschen Schiffahrtsgesellschaften beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Vereinigten Staaten die Ansprüche der Reedereien auf Entschädigung für die Beschlagnahme deutscher Schiffsgrundstücke, sowie auf Privatsicherungen gegen eine Beschlagnahme auf Grund der Kriegsgesetze geltiert leisten. Es handelt sich u. a. beim Norddeutscher Lloyd und bei der Hapag um eine Summe von etwa 500 Millionen Dollar.

*

e. **New York**, 20. 2. (Eigenbericht) Die amerikanische Kongreßkommission hat gestern beschlossen, den Artikel VII des neuen Handelsvertrages mit Deutschland bei dem Senatsentwurf zu streichen. Der Artikel bestimmt, daß nach der Ansicht der Westbesitzer dieser Artikel mit dem Handelsmaximum vom Jahre 1920 im Widerspruch steht. Die Feststellung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages dürfte sicherlich dadurch einen Aufschub erleiden.

Die Finanzkrisis in Ungarn.

Kbg. Wien, 20. 2. (Eigenbericht) In Ungarn haben die geplanten finanziellen Maßregeln eine starke politische und finanzielle Wirkung ausgeübt. Die innerpolitische Situation ist sehr ernst. Der gestern spät abends erfolgte Rücktritt des bisherigen Finanzministers Kallay ist überraschend gekommen, weil der Ministerpräsident noch nach den stürmischen Verhandlungen am Donnerstag in der Nacht vor versammlung sich für den Finanzminister eingesetzt hatte. Der Rücktritt des Finanzministers ist derzeit noch nicht bestimmt.

Deutsch-nordische Boxkämpfe im Berliner Sportpalast.

Der Veranstaltungsabend des Berliner Sportpalastes am Mittwochabend hatte wohl keinen Zweck erfüllt. Dabei Zum ersten Male zu Zeit Schwerkraft angelassenen Publikum wurden eine Reihe guter Kämpfe gezeigt.

Die Nordländer erwiesen sich als gute Kämpfer, Kiaulik machte mit dem Bornager Brautad, gegenüber Kom'a mit dem Kopenhagener Schwerkraftler Chic Nelson ein gutes „Unentschieden". Erich Milenz erledigte die Schwaden Dänen sicher. Ferner ist der zweite Sieger Rudi Wagener nicht eine Anmerkungen, um den dänischen Schwergewichtsweisten Andresen zur Aufgabe zu zwingen.

Gestern abend in der zehnten Stunde brach in dem Fabrikgebäude der Parfümerie-Fabrik von Rapp u. Joseph, Düsseldorfer Straße 107, Großfeuer aus.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	20. 2.	19. 2.		20. 2.	19. 2.
Sep. Geld	41 ⅝	41 ⅝	Canad.	22,75	22,75
Berlin	22 ¼ G.	21 ¾ G.	22 ⅛ B.	Mexikan.	5,50	5,50
Amsterdam	22 ¼ G.	22 ⅛ B.	22 ⅜ B.	Argentin.	15,75	15,65
Madrid	22 ¼	22		Brasil.	9,25	9,25
Schweiz	4,26,87	4,26,75		Japan	42,00	42,00
Paris	4,14	4,18		Peseta	—,—	12,72
Prag	—,—	3,50		Silber		
Wien	—,—			Lond.	64	64

New York, Produktenmarkt.

	20. 2.	19. 2.		20. 2.	19. 2.
Weizen Mai	14⅛	14⅛	Zucker	22,75	22,75
Mai	14,35	14,10	Kupfer	5,50	5,50
Mai	14,00	13,77	Zinn	—,—	12,15
Mai	13,89	13,60	Blei	8,75	8,75
Mai	13,56	13,40	Zink	9,75	9,75
Dezbr.	13,38	13,25	Mai	10,29	10,49
Kaffee Mai	20,90	20,80	Petroleum	17,15	17,15
Febr.	20,40	20,25	Talg	7,00	7,00
März	20,65	20,58	Schmalz	14,00	14,00
Mai	20,03	20,03	Chic. Mai	4,50	4,50
Juli	20,17	20,20	Sojabohnen	5,45	5,85
Zucker	16,0	0,19	Mai	5,52	5,40
Kupfer Mai	13,1	13,1	Getreide	101,00	103,00
Zinn	6,87	5,87	Mais	96,75	96,75
Blei	6,87	6,92	Roggen	80,25	81,00

Zur Heerschau der deutschen Landwirtschaft.

Von

Oekonomierat **Fr. Keiser**, Berlin.

Niemals ist die Wirkung des Versailler Schandvertrages so tief in das Bewußtsein des Volkes eingedrungen, als gegenwärtig, wo fast alle Menschen die Extremitäts durchdringt, daß die Grundlagen einer geordneten Wirtschaftsführung in Deutschland so erschüttert sind, daß nur noch eine sehr umfassende, das ganze Wirtschaftsleben stützende Hilfe Rettung bringen kann.

Die Wirtschaftsgruppen, die der gesamten deutschen Volkswirtschaft den Stempel aufdrücken, sind Landwirtschaft, Industrie und Handel. Wie ist es um sie bestellt?

75% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands sind mit Getreide und Kartoffeln bebaut. Hinter der Ernte bestehen fast seit Beginn des Kulturbodens aus Sand oder lehmigem Sand, also aus Böden, deren Kulturkraft nur durch eine sehr intensive Düngung aufrechterhalten werden kann. Die von der Flächeneinheit gewonnenen Erträge an Getreide, also dem ausschlaggebenden Erzeugnis, bleiben im vergangenen Wirtschaftsjahr um 12 bis 10% hinter dem Durchschnitt der letzten Friedensjahre zurück. Nur bei Hafer war eine stärkere Annäherung an die Vorkriegswerte eingetreten. Diese Ziffern können nur richtig gewertet werden angesichts der Tatsache, daß in keinem Jahre die Verwendung künstlicher Dünger so hoch war wie im letzten Erntejahr. Angesichts des starken Mangels an natürlichem Dünger stellen sie trotz ihres Zurückbleibens hinter den Vorkriegsertragen eine sehr beachtliche Leistung dar. Die Erntenisse dieser Ernte sind bereits zum wesentlichsten Teile auf den deutschen Markt gebracht. Kaum jemals in der Geschichte der deutschen Wirtschaft haben wir es erlebt, daß der grundlegende Wirtschaftsstand der Nation durch die aus der Not des Staates entspringende Steuerpolitik gezwungen war, den größten Teil seiner Erträge aus dem abgelaufenen Wirtschaftsjahr mit einem Male auf den Markt zu werfen, um sich fast jede Menge ausländischen Getreides, dessen Preis um fast ein Fünftel höher ist als der Preis des inländischen Brot- und Futtergetreides. Das deutsche Volk lebt also zurzeit — und voraussichtlich noch auf Wochen und Monate hinaus — auf Kosten der Kraft der deutschen Landwirtschaft, und es wird eines Tages aus dem Traume einer billigen Versorgung erwachen mit der Tatsache, daß das bis dahin mühsam angesammelte Volksvermögen von diesem Zeitpunkt an vom Ausland zum Preise der Auferrichterhaltung der Ernährung überwiesen werden muß. Frankreich wird also erreicht haben, daß das deutsche Volk seine Wirtschaft mit eigenen Mitteln ruiniert.

Wenn im deutschen Wirtschaftsleben, und zwar mit in erster Linie in der Landwirtschaft, Zustände herrschen, die unser Interesse hervorrufen, und wenn sich alle Kreise darin einig sind, daß sie von vorn anfangen müssen aufzubauen, so ist auch dieser Mut der Verzweiflung nicht zu leisten, wenn es nicht gelingt, der deutschen Wirtschaft eine viel größere Atempause zu geben, als früher als notwendig befunden wurde. Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, wenn in den Kreisen der Landwirtschaft der Ruf nach einer Aenderung des Systems der Steuer- und gesamten Wirtschaftspolitik laut wird? Wie können landwirtschaftliche Betriebe weiter existieren, wenn ihr Grund und Boden zu einem Werte eingeschätzt wird, der weit unter dem Friedenswert liegt, und wenn Hypotheken banken auch von diesen niedrig taxierten Werten höchstens bis zu 20% beleihen, und auch das nur in Pfandbriefen, deren Kurs weit unter 100 steht? Ein kleines Gut im Werte von 100 000 ℳ würde unter den heutigen Verhältnissen beispielsweise höchstens eine Hypothek von 3—5000 ℳ erhalten, und dieser Kredit müßte sehr hoch verzinst werden. Ist es verwunderlich, wenn die Führer der Produktionsstände immer wieder darauf hinweisen, daß die Aufrechterhaltung der Erzeugung unmöglich ist, solange die Produktionsmittel teurer sind als die produzierten Erzeugnisse? Wie soll der Landwirt für die Dauer tragbar sein, daß von den mühsam erzielten Roherträgen des Bodens durch die jetzt bestehenden Steuergesetze 30—40% bis gesamten Ertrages Eingriffe vorgenommen werden?

Eine kapitals- und kreditarme Wirtschaft und eine Wirtschaft, in der das Preisverhältnis zwischen Produktionsmittel und Erzeugnis umgekehrt gelagert ist wie in normalen Wirtschaften — eine Wirtschaft schließlich, die Zinsenlasten zu tragen hat, deren Höhe die Zinsenlast der übrigen Nationen weit übersteigt, ist naturgemä